



60 Jahre Römische Verträge. Ein Jubiläum – und was nun?

ERHARD BUSEK

Dr. **Erhard Busek**, Jurist,
Vizekanzler a.D.,
Jean-Monnet-Professor
ad personam an der Karl-
Franzens-Universität Graz,
Vorsitzender des Instituts für
den Donaauraum und Mittel-
europa (IDM).

Der Abschluss der Römischen Verträge war ein entscheidender Schritt, ja eine bleibende Veränderung des europäischen Kontinents! Damit begann eine Zeitphase nach dem Zweiten Weltkrieg, die sich in ihrer Qualität wesentlich von der Befindlichkeit Europas nach den schmerzlichen Erfahrungen zweier Weltkriege unterschied. Die gar nicht einfache Auseinandersetzung im westlichen Teil Europas, die zu diesem Ergebnis führte, ist streckenweise heute nicht mehr in Erinnerung. Es gab ambitionierte Pläne für eine Europäische Politische Gemeinschaft (EPG), eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und schließlich eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Letztere war bekanntlich die einzige, die verwirklicht wurde. Hierfür gab es ein radikales Konzept, doch nach dem Scheitern der EVG in der Pariser *Assemblée nationale* 1954 erkannte man sehr bald, dass eine schrittweise Annäherung vonnöten war. Jean Monnet, Elsässer und Diplomat, entwickelte hierfür die zweckorientierte *Methode Monnet*, die mit der kontinuierlichen Ausweitung von mehr Gemeinsamkeiten den Weg zur heutigen Verfasstheit der EU eröffnete. Seit dem Vertrag von Lissabon, der 2009 in Kraft trat, sind Vertiefung und Erweiterung kein Zwillingsspaar mehr.

In der gegenwärtigen Diskussion ist das alles vergessen – nicht etwa weil die europäische Einstellung schwächer wurde, sondern weil das Umfeld Europas heute ein gänzlich anderes ist; nicht nur geopolitisch, sondern auch inhaltlich. Es ist in diesem Zusammenhang notwendig, den Ausgangspunkt zu betrachten. Ich folge hier einer Darstellung des deutschen Politologen Werner Weidenfeld, der das unter dem Gesichtspunkt der geschichtlichen Sondersituation Europas, die vom Niedergang der europäischen Staaten durch den Zweiten Weltkrieg und der unmittelbar danach entstandenen Frontstellung zur Sowjetunion gekennzeichnet war, in fünf Motiven zusammenfasste, welche die Europäer zum großen Experiment der Integration antrieben:

1. Der Wunsch nach einem neuen Selbstverständnis: Nach den nationalistischen Verirrungen sollte Europa die Möglichkeit einer neuen Gemeinschaftserfahrung bieten. Ein demokratisch verfasstes Europa sollte eine Alternative zur abgelehnten nationalistischen Herrschaft darstellen.
2. Der Wunsch nach Sicherheit und Frieden: Die einzelnen Nationalstaaten hatten den Zweiten Weltkrieg nicht zu verhindern vermocht; nun hoffte man, dass ein geeintes Europa hierbei erfolgreicher sein und zugleich Schutz vor der Gefahr einer kommunistischen Expansion gewähren werde. Europa sollte eine Friedensgemeinschaft sein.
3. Der Wunsch nach Freiheit und Mobilität: Über etliche Jahre hinweg hatten die Menschen unter den kriegsbedingt nationalen Beschränkungen des Personen-, Güter- und Kapitalverkehrs gelitten. Insofern war es nur allzu verständlich, dass man sich nun die ungehinderte Bewegung von Personen, Meinungen, Informationen und Waren wünschte.

4. Die Hoffnung auf wirtschaftlichen Wohlstand: Das vereinigte Europa sollte die Menschen in eine Ära großer wirtschaftlicher Stabilität und Prosperität führen; ein gemeinsamer Markt sollte den Handel intensivieren.
5. Die Erwartung gemeinsamer Macht: Die europäischen Staaten, die vor 1914 lange Zeit international eine dominante Rolle gespielt hatten, hatten sich in zwei Weltkriegen zerfleischt. Die neuen Weltmächte USA und UdSSR setzten Maßstäbe für neue internationale Machtgrößen, die weit über die Einheiten der vergleichsweise kleinen europäischen Staaten hinauswiesen. Die westeuropäischen Staaten hofften, durch die politische Einigung vieles von jener Macht zurückzuerlangen, die sie einzeln verloren hatten.

Das alles waren zwar entscheidende, aber bestenfalls erste Schritte in Richtung einer Vision der »Vereinigten Staaten von Europa«, die Winston Churchill in seiner Züricher Rede vom 19. September 1946 anvisierte. Hier sollte festgehalten werden, dass er bereits damals Großbritannien nicht als einen Teil dieses Prozesses sah. Wir landen gerade offensichtlich an diesem Punkt.

Es waren aber auch die USA, die durch den von ihnen initiierten Marshallplan erheblichen Druck in Richtung einer europäischen Einigung aufbauten. Aus der Sicht von Washington bedrohte der Sowjetblock durch die Vereinnahmung der späteren Warschauer-Pakt-Staaten den Rest des freien Europas. Schon damals aber gab es keine klare Vorstellung darüber, ob ein Bundesstaat oder ein Staatenbund angestrebt werde. Es gab kein verbindliches Integrationsmodell, sondern lediglich Annäherungsschritte, die alle Optionen offen ließen.

Das führte zu pragmatischen Lösungen in Teilbereichen, die heute noch in guter Funktion sind und den Weg zum bisher Erreichten ebneten. Der französische Außenminister Robert Schuman (Schuman-Plan vom 9. Mai 1950) brachte den Vertrag über die »Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl« (EGKS) – auch bekannt unter Montanunion – auf den Weg, wodurch ein gemeinsamer Markt für Kohle und Stahl geschaffen wurde und die Planung, Verwertung und Kontrolle dieses kriegswichtigen Gebietes ermöglicht wurde. Damit wurde der klassische Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich aufgehoben und der Grundstein zu einer Föderation gelegt. Ein interessantes Element ist die »Hohe Behörde«, deren Exekutivrechte noch heute über die Rechte der Europäischen Kommission hinausgehen. In dieser supranationalen Organisation entstand ein funktionalistischer Integrationstyp, der durch sachliche Lösungen Gemeinsamkeiten erzielt. Diese ebneten den Weg zu den Römischen Verträgen, die am 25. März 1957 unterzeichnet wurden. Bei dieser Gelegenheit entstand auch EURATOM, das den Aufbau und die Entwicklung der Nuklearindustrie fördern sollte und gemäß der kritischen Einstellung zur Atomenergie heute eine geringe Rolle spielt. Am 8. April 1965 schließlich wurde ein Fusionsvertrag geschlossen, kraft dessen die Organe der drei europäischen Gemeinschaften EGKS, EWG und EURATOM integriert wurden.

Von dieser Basis aus kam ein wichtiger und interessanter Prozess in Gang, der die gesamten inneren Schwierigkeiten der Gründerstaaten der Römischen Verträge kennzeichnet. Hierzu gehören zum einen die Einigung in wichtigen sachlichen Bereichen, zum anderen aber bereits damals die Interessen einzelner Mitgliedstaaten, die eine dominante Rolle wahren wollten – so z. B. Frankreich. Es wurde noch komplizierter, als England am Horizont erschien, weil Paris unter der Führung De Gaulles den Beitritt des alten europäischen Konkurrenten zunächst ablehnte. Erst 1972 war es dann soweit, woran man erkennt, dass die Gewöhnung aneinander eine gewisse Zeit braucht. Die Tatsache, dass die EU heute 28 bzw. durch den Brexit bald 27 Mitglieder hat, ist da-

her als beachtliches Ergebnis zu werten, das in der Geschichte seinesgleichen sucht. Dazwischen lagen immer wieder Auseinandersetzungen um die Führungsrolle, wie etwa durch die lange vorherrschende Idee des »deutsch-französischen Tandems«, das durch einen Freundschaftsvertrag der beiden Länder verstärkt wurde. Aus dieser Zeit datieren auch kritische Entwicklungen wie etwa die »Politik des leeren Stuhls«, wie sie von den Franzosen innerhalb der EWG verfolgt wurde. Das Ergebnis ist der »Luxemburger Kompromiss«, der jedem Mitgliedstaat quasi eine Vetostimme zusicherte – alles nicht neu, aber schon damals unter sechs Mitgliedern üblich.

Aus den Römischen Verträgen heraus entstanden neue Formationen wie etwa 1974 der »Europäische Rat« sowie 1979 die erste Wahl zum Europäischen Parlament, das damals im Vergleich zu heute nur eine schwache Funktion hatte. Auf diesem Weg kam es auch zur Realisierung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die allerdings nichts anderes als die vollständige Verwirklichung der in den Römischen Verträgen vorgesehenen Schritte ist. Es war zweifellos die Annäherung im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik, die letztlich einen gemeinsamen Wechselkursmechanismus im Rahmen eines europäischen Währungssystems 1979 erzeugte. Daraus erwuchs die heutige Eurozone und die Europäische Zentralbank (EZB), die ein stark integriertes und integrierendes Instrument ist. Gemeinsam verfügen sie weit über die Mitgliedsländer hinaus über zum Teil globalen Einfluss.

Die meisten Entwicklungen betrafen vor allem Annäherungen im wirtschaftlichen Bereich. Hier war die Sehnsucht nach positiven ökonomischen Ergebnissen durchaus tonangebend, während im politischen Bereich nach wie vor der Egoismus der Mitgliedstaaten vorhanden war, der letztlich aus der nationalen Politik der vergangenen Jahrhunderte resultierte. Bereits damals war der Dualismus zwischen internationaler Koordination und der Entwicklung supranationaler Einrichtungen ganz deutlich und blieb auch erhalten, wobei der gegenwärtige Status der Europäischen Union von einem supranationalen Ergebnis noch weit entfernt ist. Es gibt allerdings Nischen wie etwa den Bereich des Agrarmarktes, wo Entscheidungen europäisch konzentriert getroffen werden, weil man offenbar der Probleme in der Landwirtschaft nicht anders Herr wurde. Auch in den heutigen Diskussionen ist das Thema sehr präsent, wobei von Zeit zu Zeit der Gedanke aufgeworfen wird, dies alles rückgängig zu machen. Weiters ist die Erweiterung von sechs auf 28 Mitgliedstaaten zu vermerken, die in unterschiedlichen Schritten verlief. In Wahrheit ist diese ungeheure Leistung bisher weder mental noch organisatorisch verkräftet, wobei der Fall des Eisernen Vorhangs hier nicht unerwähnt bleiben darf. Die Befindlichkeiten, die aus der Teilung des Kontinents resultieren, bedürfen noch einer großen Anstrengung, um die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede auszugleichen. Diese sind deutlich am Pro-Kopf-Einkommen der Länder ablesbar, kamen aber auch bei der Migrationsfrage zum Ausdruck. Dazwischen liegen eine Menge Versuche von Maastricht über Nizza bis hin zum Europäischen Konvent und dem Vertrag von Lissabon, um die Römischen Verträge in ihren ursprünglichen Zielvorgaben zu verwirklichen.

Die Europäische Union ist an einem entscheidenden Punkt angelangt: Zum Umgang mit ihren inneren Problemen muss sie auch noch lernen, gemeinsam mit allen Europäern des Kontinents ihren Platz in der Welt zu finden. Keine leichte Aufgabe, vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass wir heute nur noch 7% der Gesamtweltbevölkerung stellen, mit der Perspektive, bald auf lediglich 4% abzusinken – wobei wir immerhin noch über 20% der globalen Wirtschaftsleistung erbringen. Es ist daher von eminenter Bedeutung, wie wir die Römischen Verträge und ihre Ergebnisse auf diese Herausforderung hin zukünftig adaptieren.

PS

Konkret handelt es sich dabei um folgende Punkte:

1. Stärkung der Identität der Europäischen Union: Schon immer werden Erfolge auf europäischer Ebene als Errungenschaften der Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene verkauft. Vice versa ist ausschließlich Brüssel für unliebsame Entwicklungen verantwortlich. De facto sind alle 28 Staaten an allen Entscheidungen über den Ministerrat beteiligt. Es liegt in der Verantwortung der nationalen Regierungen, die EU unter Anerkennung all ihrer Mängel den Bürgern adäquat zu vermitteln.
2. Entwicklung des institutionellen Gefüges in Richtung Effektivität und demokratische Legitimation: Hierbei sind seit Abschluss der Römischen Verträge insbesondere in Bezug auf das Europäische Parlament viele Fortschritte gemacht worden. Letztendlich ist der Vertrag von Lissabon »nur« eine Erweiterung auf der Basis von 1957. Mittelfristig muss hier auch über eine Neuordnung des institutionellen Gefüges der EU nachgedacht werden.
3. Die Schaffung von Eigeneinnahmen und der Ausbau der Haushaltskompetenzen des Europäischen Parlaments sowie die Steigerung des Anteils der Regional- und Sozialpolitik am Gesamthaushalt. Damit könnte dann auch der mühselige Prozess des Ausgleiches zwischen den Mitgliedstaaten wenigstens reduziert werden.
4. Schließlich die Schaffung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik: Eine Notwendigkeit, die durch die Veränderungen in Russland, neuerdings auch in den USA sowie durch die Zunahme der Gefährdung des Friedens von oberster Priorität ist, da dies eines der Grundnarrative des Europäischen Einigungsprozesses bedroht. Gerade der Brexit könnte hier als Chance für eine engere Koordinierung unter den verbliebenen 27 Staaten fungieren. Letztendlich ist die EU immer gestärkt aus internen und externen Krisen hervorgegangen. Historisch betrachtet ist der Europäische Einigungsprozess vom Scheitern geprägt. Dies kann selbstverständlich keine Garantie für einen selbstlaufenden Mechanismus sein, sondern bedeutet Herausforderungen und bedarf Anstrengungen, die wir gemeinsam annehmen müssen.

PPS

Weißbuch der Europäischen Kommission zur Zukunft Europas:

https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch_zur_zukunft_europas_de.pdf

Website: Die EU mit 60: https://europa.eu/european-union/eu60_de

Die Römischen Verträge wurden am 25. März 1957 in Rom unterzeichnet - auf den Tag genau am 16. Geburtstag von Erhard Busek. Das IDM gratuliert seinem Vorsitzenden herzlichst und freut sich darauf, ihn weiterhin bei seinem entschiedenen Eintreten für den europäischen Integrationsprozess unterstützen zu dürfen!

Redaktion:

Dr. Erhard Busek
Mag. Annette Höslinger-Finck
Mag. Sebastian Schäffer, MA

Institut für den Donauraum
und Mitteleuropa (IDM)

A-1090 Wien
Hahngasse 6/1/24
Tel.: +43 1 319 72 58
Fax: +43 1 319 72 58-4
idm@idm.at
www.idm.at

Diese und weitere Ausgaben der IDM Policy Paper Series stehen unter www.idm.at/publikationen/idmpps zum Download bereit.